

Jahresbericht 2025

Förderverein Flüchtlingsrat Bremen e.V.

Überblick

Auch im Jahr 2025 waren die Arbeitsschwerpunkte des Flüchtlingsrates:

- ✓ Beratungsangebote für geflüchtete und migrierte Menschen, die von der diskriminierenden Gesetzgebung (v.a. AufenthG, AsylbLG, AsylG) betroffen sind
- ✓ Interventionen z.B. bei Sozialbehörden, Migrationsamt, Zentrale Aufnahmestelle (ZAST), Standesamt, Jobcenter – in Einzelfällen sowie bei den strukturellen Missständen, die diese Behörden verursachen
- ✓ offenes persönliches und telefonisches Beratungsangebot für Geflüchtete sowie für Unterstützer*innen, Multiplikator*innen, Mitarbeitende in der Sozialen Arbeit mit Geflüchteten
- ✓ Empowerment von Betroffenen von rassistischer Diskriminierung, rassismuskritische, politische Intervention und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Beratungsangebote haben zu messbarer Verbesserung der Situation der Betroffenen beigetragen, was sich z.B. jeweils in der Erteilung von Duldungen und Aufenthaltserlaubnissen, sowie in der Gewährung sozialer Leistungen nach dem AsylbLG, der Aufhebung von Wohnsitzauflagen zeigt.

Neben unmittelbaren behördlichen Einzelfallentscheidungen wurde versucht, in grundsätzlicher Weise zur Verbesserung der Situation von geflüchteten Menschen in Bremen beizutragen.

Personal

Seit Mai 2025 arbeiten fünf Personen in Teilzeit im Büro. Zwei davon im Umfang eines Minijobs, zwei im Umfang eines Midijobs und zwei in 63% Teilzeit.

Daneben engagieren sich Ehrenamtliche und Aktivist*innen im Team des Flüchtlingsrates, die über regelmäßige Austausch- und Koordinierungstreffen an die Arbeit in der Geschäftsstelle angebunden sind. Intern organisiert sich der Flüchtlingsrat Bremen über die regelmäßigen Arbeitstreffen der diversen Organe des Fördervereins und in Austausch- und Vernetzungstreffen, an denen neben Aktivist*innen auch Fachberater*innen anderer Träger teilnehmen.

Projekt SAVE - Bleiberecht und Teilhabeperspektiven für Langzeitgeduldete im Land Bremen

Im Januar 2025 haben wir mit dem Projekt Save beginnen können, das vom Deutschen Hilfswerk / der UNO-Flüchtlingshilfe e.V. und aus Spenden finanziert wird. In diesem Beratungsprojekt werden Personen unterstützt, die schon lange hier leben oder hier geboren sind, denen aber aufgrund ihres Duldungsstatus der Zugang zu Teilhabemaßnahmen verwehrt ist. Die Betroffenen sind Begünstigte der Bleiberechtsregelungen, wie den erleichterten Ausbildungs- und Qualifizierungszugang für „gut integrierte“ Jugendliche bis zum 27. Lebensjahr, von denen sie aber aufgrund der mangelnden Beratungsinfrastruktur in Bremen sowie mangelnder Information häufig nicht profitieren können.

Durch Projekte wie SAVE, die direkt an den Bedarfen von Deprivilegierten ansetzen und deren Rechtsdurchsetzungsprozesse stärken, wird außerdem das Erleben von Selbstwirksamkeit der Betroffenen als Minderheit gestärkt. Sie sind gelebte Akte einer demokratischen Gesellschaft und damit eines solidarischen Miteinanders. SAVE soll dazu beitragen, dass die Betroffenen ihr Leben frei gestalten können. Der Beratungsbedarf ist wie zu erwarten war sehr groß. Nähere Infos dazu finden sich auf der Website des Projekts:

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/save/>

Antifaschistische Mobilisierung gegen Rechts am 08.02.2025

Zu den Bundestagswahlen organisierte der Flüchtlingsrat Bremen in Kooperation mit über 20 Bremer Initiativen und Organisationen eine antirassistische und solidarische Kundgebung an der knapp 70.000 Bremer*innen teilnahmen. Besondere Aufgaben des Flüchtlingsrats waren hierbei die rassismuskritische Sensibilisierung der Bündnis-Teilnehmer*innen, die antirassistische Gestaltung der Inhalte sowie die gesamte Moderation der mehrstündigen Kundgebung. Der Flüchtlingsrat Bremen stellte neben der Moderation auch Pressesprecher*innen für das Bündnis und war damit sowohl in den landesrelevanten Medien sichtbar als auch auf Bühnen wie beispielsweise dem Weserstadion präsent.

Landesflüchtlingsrätetreffen in Bremen im Juni 2025

Das diesjährige Landesflüchtlingsräte und Pro Asyl Treffen wurde auf Wunsch der Teilnehmer*innen zeitgleich zu der Konferenz von Jugendliche ohne Grenzen in Bremen ausgerichtet. Vom 11.-13.6.2025 trafen sich über 70 Teilnehmer*innen der Landesflüchtlingsräte, Jugendliche ohne Grenzen, Pro Asyl, terre des hommes und des Bundesfachverband Minderjährigkeit und Flucht e.V. in Bremen.

Durch Workshops, Pressekonferenz, Pressemitteilungen sowie die Demonstration wurde bundesweit auf die rassistische Migrationspolitik der Bundesregierung aufmerksam gemacht und eine solidarische Gegenposition und antirassistische Forderungen entgegengesetzt.

Darüber hinaus konnte der Flüchtlingsrat Bremen organisatorisch den Wunsch der Teilnehmer*innen nach mehr Zusammenarbeit und gemeinsamer Zeit miteinander nachkommen. So hatten die Landesflüchtlingsräte und Pro Asyl die Möglichkeit, gemeinsam mit den Jugendlichen ohne Grenzen Zeit zu verbringen und so Räume des Austausches sowie der solidarischen Vernetzung zu schaffen.

Jugendliche ohne Grenzen (JoG) Treffen und Demo anlässlich der IMK im Juni 2025

Die bundesweit organisierten Jugendlichen ohne Grenzen treffen sich zwei Mal Jährlich, um sich inhaltlich auszutauschen, zu informieren und zu empowern. Auch die jährlich stattfindende JoG-Konferenz zur Innenminister*innenkonferenz werden vorbereitet. In diesem Jahr trafen sich gut 20 Jugendliche in Bremen.

Wie jedes Jahr wurde auch dieses Vorbereitungstreffen vom Flüchtlingsrat Bremen eng begleitet und mitgestaltet. Anlässlich der IMK wurde in Bremen Ulrich Mäurer zum Abschiebeminister gekürt.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/einladung-zur-pressekonferenz-mit-zivilgesellschaftlichen-forderungen-im-vorfeld-der-innenministerinnen-konferenz/>



Härtefallkommission

Der Flüchtlingsrat entsendet ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied in die aufenthaltsrechtliche Härtefallkommission und seit einigen Jahren zugleich den Vorsitz der Kommission inne. Die Ausübung dieses Ehrenamts durch eine fachlich kompetente Person mit kritischem Blick auf behördliches Handeln hat sich für die Arbeit der Kommission als sehr hilfreich herausgestellt. Anders als in den Vorjahren ist die Anzahl der Ersuchen an die Kommission deutlich gestiegen. Alle Ersuchen werden zunächst beim Vorsitz eingereicht, der zugleich über das Vorliegen von Ausschlussgründen entscheidet. Somit hat sich die Arbeitsbelastung für unsere Mitglieder der Kommission deutlich erhöht.

Bisher ordnet der Innensenator in der Regel die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an, wenn er von der Kommission dazu aufgefordert wird.

Änderung der Härtefall-Verordnung

Der Innensenator hat eine Veränderung der Verordnung zur Härtefallkommission vorgeschlagen. Darin finden sich neben Verbesserungen auch einige Verschlechterungen. Insbesondere soll zukünftig bereits ein Ausweisungsinteresse als Ausschlussgrund ausreichen. Die Härtefallverordnung wird dadurch restriktiver als das Gesetz, das sie ergänzen soll. Der Flüchtlingsrat hat als einzige im Gremium vertretene Organisation im Beteiligungsverfahren eine Stellungnahme mit Änderungsvorschlägen abgegeben. Diese wurden teilweise berücksichtigt, allerdings nicht an der entscheidenden Stelle der Ausschlussgründe.

Hände weg vom Kirchenasyl / Stop deportation

Die im Dezember 2024 entstandene Bewegung mit dem Arbeitstitel "Hände weg vom Kirchenasyl" hat sich inzwischen zur Gruppe "Stop deportation" transformiert und erweitert. Es finden regelmäßige Austauschtreffen statt um konkret von Abschiebung bedrohte Menschen zu unterstützen. Der Flüchtlingsrat ist Teil dieser Organisierung.

Petition zum Kirchenasyl und zu "sensiblen Orten"

Die von einem Mitglied des Flüchtlingsrates bei der Bürgerschaft eingereichte Petition zum Kirchenasyl sowie zu Abschiebungen an besonders sensiblen Orten wurde Mitte November öffentlich im Ausschuss der Bürgerschaft debattiert. Die Petition war teilweise erfolgreich; der zuständige parlamentarische Ausschuss hat sich einem Teil der Forderungen angeschlossen. Ob dies nun auch von der Regierung umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/petition-zum-kirchenasyl-teilweise-erfolgreich/>

Der Flüchtlingsrat hat außerdem einen Vorschlag erarbeitet, wie zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Hausordnungen anpassen können, um der Gefahr zu begegnen, dass Abschiebungen an öffentlichen Orten durchgeführt werden.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/erlaubt-ihre-hausordnung-die-abschiebung-ihrer-nutzerinnen-klientinnen-schuelerinnen-patientinnen-besucherinnen-etc-aus-den-raeumen-ihrer-einrichtung/>

Landesaufnahmeprogramm Afghanistan

Unser Beratungs- und Unterstützungsprojekt ist wegen der ausgelaufenen Finanzierung beendet. Die Antragsfrist für Aufnahmen nach dem Programm ist abgelaufen. Dem Migrationsamt liegen aber noch Anträge vor, die nicht abschließend entschieden wurden. Der Flüchtlingsrat unterstützt weiterhin eine kleine Zahl von afghanischen Bremer*innen mit dem Ziel, noch Aufnahmen ihrer Verwandten zu erreichen.

Inzwischen sind auch etwa 40 Personen eingereist. Einige von ihnen bitten um Unterstützung im Umgang mit dem Migrationsamt. Die Betroffenen befinden sich oft in einer ökonomisch prekären Situation, da jede Inanspruchnahme von sozialen Leistungen zu einer Belastung der Verpflichtungsgeber*innen führt. Nicht alle Betroffenen kennen und nutzen die Beschränkung der Verpflichtungserklärung hinsichtlich der Kosten bei Krankheit und Pflege. Für einen Solidarfonds besteht weiterhin hoher Bedarf.

Nein zur Schikanekarte

Neben der Teilnahme an der bundesweiten Vernetzung über die Initiative „Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!“ hat der Flüchtlingsrat gemeinsam mit dem Bündnis gegen Rechts maßgeblich am Aufbau der Strukturen für die Gutscheintauschaktionen in Bremen beigetragen und ist Teil der solidarischen Tauschaktion. Diese werden sehr stark nachgefragt.

<https://www.schikanekarte-bremen.org/>

Unbegleitete Minderjährige (umF)

Das Bremer Jugendamt wendet erneut Gewalt ("unmittelbaren Zwang") an, um UMF im Rahmen des § 42a-f SGB VIII aus Bremen zu verteilen. Bremen nimmt auch weiterhin auf der Grundlage von § 42a SGB VIII Kinder und Jugendliche vorläufig in Obhut, die zu ihren in Bremen lebenden aufenthaltsberechtigten Eltern nachreisen. Beides ist nach Überzeugung des Flüchtlingsrats rechtswidrig. Wir sind zu diesem Thema mit Fachorganisationen und fachlich kundigen Personen lokal und bundesweit vernetzt und werde weiterhin öffentlich darauf aufmerksam machen.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/jugendhilfe-als-verlaengerter-arm-restriktiver-migrationspolitik-kritik-der-vorlaeufigen-inobhutnahme-am-beispiel-bremen/>

Demo am Antikriegstag

Der Flüchtlingsrat gehörte zu den Organisator*innen der diesjährigen Bremer Demonstration am 01.09.2025, dem Antikriegstag.



Abschaffung des aufenthaltsrechtlichen Widerspruchsverfahrens

Das aufenthaltsrechtliche Widerspruchsverfahren wurde von der Bremer Bürgerschaft durch Gesetzbeschluss im Sommer 2025 abgeschafft. Diese enorme Verschlechterung ist leider weitgehend unbeachtet und ohne Protest oder Widerstand geblieben.

Die Änderung wird in zahlreichen Konstellationen erhebliche konkrete Verschlechterungen des Rechtsschutz mit sich bringen.

Wir haben dies öffentlich kritisiert und werden auch in Zukunft erneut in qualifizierter Weise die Rücknahme dieser Amputation am Rechtsweg fordern.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/innensenator-duldet-keinen-widerspruch-mehr/>

Beratungen von Personen im Dublinverfahren

Die Zahl der konkret von Abschiebungen im Dublinverfahren betroffenen Personen, die sich hilfesuchend an den Flüchtlingsrat wenden ist erheblich gestiegen. Das Land Bremen hat zwei der "Notunterkünfte" zu Dublineinrichtungen erklärt. Dabei werden Strukturen und behördliche Abläufe geschaffen, die systematisch zu Rechtsverletzungen der Betroffenen führen (u.a. Art 13 GG, Datenschutzverstöße, aufenthaltsrechtlicher "Stubenarrest").

15a-Verfahren

In mehreren Beratungseinrichtungen ist eine deutliche weitere Verschlechterung des behördlichen Vorgehens in Verfahren zu § 15 a AufenthG aufgefallen. Der Flüchtlingsrat hat ein regelmäßiges Austauschtreffen zu diesem Thema initiiert, das in unseren Räumen stattfindet. Beteiligt sind Rechtsanwält*innen und Beratungsstellen. Ziel ist die Erarbeitung von Beratungsempfehlungen und darüber hinausgehende Umgangsmöglichkeiten.

pay

Das Projekt "pay" ist schon seit längerer Zeit beendet. Für eine Fortführung fehlen uns derzeit die Mittel. Die systematische Beratung von Betroffenen über falsche Bescheide nach dem AsylbLG und die Zusammenarbeit mit Rechtsanwält*innen wirkt jedoch immer noch nach. Inzwischen hat die Summe der Nach- und Rückzahlungen an Leistungsbeziehende nach dem AsylbLG im Kontext dieses Projekts knapp 100.000 € erreicht. Es besteht weiterhin Bedarf für Beratung und Unterstützung zum AsylbLG und wir werden in Zukunft versuchen, neue Projekte dazu zu starten.

Kundgebung in Gedenken an Celal Akan / AsylbLG abschaffen

Im Juni 2025 hat der Flüchtlingsrat erneut die Kundgebung vor dem Celal-Akan-Haus gegen das AsylbLG und seine tödliche Umsetzung organisiert. Die Umsetzung des AsylbLG in Bremen ist ein Thema das uns immer wieder beschäftigt. In diesem Jahr war es erneut

erforderlich, die Verwaltungsanweisungen und fachlichen Weisungen per Informationsfreiheitsgesetz-Abfrage von den Behörden zu bekommen, die diese depubliziert hatten. Dss Gleiche gilt für spezifische Regelungen zur Umsetzung von Leistungsverweigerungen nach § 1 Abs. 4 und bei der Übernahme der Versicherungsbeiträgen zur GKV nach dem AsylbLG.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/kundgebung-in-gedenken-an-celal-akan-asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen/>

Brief an die neue Innensenatorin

Anlässlich der Amtseinführung der neuen Innensenatorin Eva Högl hat der Flüchtlingsrat einen offenen Brief an die Senatorin verfasst. Inhalte waren u.a. die Abschaffung des Erlass zur erleichterten Einbürgerung von Kindern und Jugendlichen, die Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen und die Abschaffung des aufenthaltsrechtlichen Widerspruchsverfahrens.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/neue-innensenatorin-eine-chance-auf-sachlichere-migrationspolitik-in-bremen/>

Bremer Friedens- und Kulturpreis

Der Flüchtlingsrat ist im September 2025 mit dem 43. Bremer Friedens- und Kulturpreis ausgezeichnet worden. Die Laudatio hielt der Bremer Human Rights-Aktivist Siaka Konteh. Zur Preisverleihung sind mehr als 100 Personen erschienen.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/verleihung-des-43-kultur-und-friedenspreis-der-villa-ichon-an-den-fluechtlingsrat-bremen/>

Social Media

Der Flüchtlingsrat ist weiterhin kontinuierlich in einigen Sozialen Medien präsent.

Instagram: https://www.instagram.com/fluechtlingsrat_bremen/ (knapp Follower*innen, Stand: 12/25)

Facebook: <https://www.facebook.com/fluechtlingsratbremen>

Auf Social Media gestalten wir kontinuierlich rassismuskritische, solidarische und sensibilisierende Inhalte. Allein seit Januar 2025 gibt es ein Zuwachs an über 700 Follower*innen, seither sind knapp 85 inhaltliche Beiträge hochgeladen worden. Besonders die bundesweite Zusammenarbeit mit verschiedenen NGO's, Künstler*innen und Aktivist*innen zu unterschiedlichen Aktionen stehen im Zentrum der Social Media Arbeit. Auch auf Landesebene kooperiert der Flüchtlingsrat Bremen mit Akteur*innen und Multiplikator*innen aus migrationsrelevanten und intersektional-antirassistischen Bereichen.

Pressemitteilungen

Zu aktuellen Themen veröffentlichen wir regelmäßig Presseerklärungen, die mal mehr und mal weniger Echo in regionalen und überregionalen Medien finden.

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/cat/pressemitteilungen/>

Netzwerkarbeit

Der Flüchtlingsrat nimmt regelmäßig an den einschlägigen bremenweiten Netzwerken und Gremien teil und vertritt dort Belange von geflüchteten und migrierten Menschen (siehe zurückliegende Berichte). Wo es sinnvoll erschien, wurden auch parteipolitische Akteur*innen, wie parlamentarische Referent*innen oder auch Fraktionsvorsitzende direkt angesprochen und fachliche Stellungnahmen und Positionen vorgebracht.

Es besteht kontinuierliche bzw. fallbezogene Zusammenarbeit u.a. mit folgenden Akteur*innen:

- Netzwerk BIN+ (Berufliche Perspektiven für Geflüchtete in Bremen und Bremerhaven) | <https://www.pbwbremen.de/kurse/beratung/bin-clearingstelle/>
- MVP Bremen e.V. – Verein zur Förderung der gesundheitlichen Versorgung papierloser Menschen | <https://www.mvp-bremen.de/>
- Fluchtraum e.V. | <https://www.fluchtraum-bremen.de/>
- Rat&Tat–Zentrum für queeres Leben e.V. | <https://www.ratundtat-bremen.de/>
- Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer Refugio | <https://www.refugio-bremen.de/>
- Zuflucht e.V. | <https://www.zuflucht-bremen.de/>
- soliport – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt | <https://soliport.de/>
- Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk (BeN) | <https://ben-bremen.de/>
- Aktionsgemeinschaft Arbeitsloser Bürger und Bürgerinnen e. V. | <https://www.agab.de/>
- Solidarische Hilfe | <https://www.solidarische-hilfe.de>
- Ambulante Suchthilfe Bremen | <https://ash-bremen.de/suchthilfezentren/>
- Comeback gGmbH - Gesellschaft im ambulanten Drogenhilfesystem und arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen | <http://www.comebackgmbh.de>
- Bremer Jugending | <https://bremerjugending.de/>
- Bremen Solidarity Center (BreSoC) | <https://bresoc.org/>
- Kinder- und Familienzentren

- Verschiedene Träger der Sozialen Arbeit in den Bereichen Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
- Asyl- und Migrationsberatungsstellen in Bremen

Gremienarbeit

Die bisherige Mitgliedschaft im ehemaligen Bremer Rat für Integration wurde anlässlich der Auflösung und Neugründung beendet.

Der Flüchtlingsrat Bremen ist Mitglied in folgenden Gremien:

- ✕ Bremer Härtefallkommission (Vorsitz)
- ✕ Landesnetzwerk für Migration
- ✕ Begleitausschuss des ESF geförderten Arbeitsmarktpjekts „Bremer und Bremerhavener Integrationsnetz (BIN/BIN+)“
- ✕ Begleitausschuss der „Partnerschaft für Demokratie“ Bremen
- ✕ „Ständiger Gast“ in der Sozialdeputation des Landes Bremen
- ✕ Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl
- ✕ Bundesweites Vernetzungstreffen der Landesflüchtlingsräte